

blickpunkt

Nr. 242
Februar 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Kranker Wald - gesunde Autoindustrie

Nicht nur Förster haben Angst vor dem nächsten Sturm. Im vergangenen Jahr wurden im Zuständigkeitsbereich unseres Forstamtes 130.000 Festmeter Holz durch den Sturm "geworfen". Der Wald auf der 7.000-Hektar-Fläche des Staatlichen Forst-

amtes Mörfelden ist krank. Bis zu 50 Prozent der Bäume sind schwer geschädigt, sie sterben - die Tendenz hält an. Es sieht also gar nicht mehr gut aus mit unserem einstmals so herrlichen Wald. Seit 1930 gingen allein in unserem Raum 27 Prozent

der Waldfläche für den Flughafen, für Straßenbau und andere Maßnahmen verloren. Eine der Hauptursachen für das Waldsterben ist das Auto.

Im Gegensatz zum Wald geht es aber der Autoindustrie und ihren Aktionären sehr gut. Im Jahr 1990 gab es in der ehemaligen BRD 30 Millionen, in der DDR 4 Millionen Autos. Im Jahr 2010 rechnet man für Deutschland mit 47 Millionen Autos. Zur Zeit aber werden allein auf den Straßen der alten Länder jährlich 5,4 Mill. t Kohlenmonoxid, 1,3 Mill. t Stickoxid und 800.000 t Kohlen-

wasserstoffe von den Autos in die Luft abgegeben. Noch Zahlen? Jährlich werden z.Zt. 4.591 Milliarden Dollar von den 500 größten Industrieunternehmen der Welt umgesetzt, davon 750 Milliarden in der Mineralölverarbeitung und 745 Milliarden in der Fahrzeugindustrie. Wenn Länder wie Indien oder China so motorisiert wären wie wir, dann könnte man auf dem Globus nicht mehr leben. Zeit zur Umkehr!

Es wird wieder mehr über den Wald gesprochen: Zunehmend wird dabei die naturgemäße Waldbewirtschaftung gefordert, damit stabile Wälder entstehen, die den Stürmen widerstehen. Naturschützer fordern, 20 bis 30 Prozent der Wälder aus der Nutzung herauszunehmen und der Natur zu überlassen. In der Bundesrepublik liegen 70 Millionen Festmeter Holz unverwertet herum. Allein in Hessen soll es noch 15 Millionen Kubikmeter "Totholz" geben. Leider ist auch der Trend zum Nadelholz immer noch ungebrochen. Monokulturen sind beliebt, die Artenverarmung ist gravierend.



Ein Krieg um Macht, Öl und Profit

Seit Wochen tobt nun der Krieg. Viele Erwachsene und Kinder haben auch bei uns große Sorgen und Ängste. Die Berichterstattung zeigte lange nur militärische Spitzentechnologie. Nach dem zerstörten Bunker in Bagdad gehen auch erschreckende Bilder von verbrannten Menschen durch die Zensur. Offen wird heute schon über den Kampfeinsatz deutscher Soldaten gesprochen, der Einsatz von Atomwaffen wird erwogen. Erste Verhandlungsangebote liegen auf dem Tisch. Aber - noch will man weiter schießen. Was kann man dieser schrecklichen Entwicklung entgegensetzen?

Solidarität mit Israel

Die Bevölkerung Israels lebt in Furcht und Schrecken. Der Krieg hat auch in Israel seine ersten Opfer gefordert. Die Gefahr ist groß, daß die Drohung des brutalen Diktators Saddam Hussein mit Giftgas kein leeres Wort bleibt. Das Leben der Bevölkerung Israels, das Leben von Juden und Arabern, ist tatsächlich in größter Gefahr. Natürlich braucht in dieser Situation das Volk Israels, und besonders das leidgeprüfte jüdische Volk, die Solidarität der Deutschen. Das Leben der Bevölkerung in Israel wird durch den Golfkrieg gefährdet. Eine Fortsetzung des Krieges oder gar seine Ausweitung, wie es die Regierung Israels will, hätten fürchterliche Folgen für die Menschen in Israel. Auch eine gesicherte Zukunft Israels ist nur denkbar, wenn es in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Und das sind nicht die USA, sondern die arabischen Völker, vor allem die Palästinenser. Deshalb ist auch die Forderung nach einer

internationalen Nahostkonferenz eine Forderung für die Existenz Israels und keine Belohnung für den irakischen Aggressor.

Im Interesse der Juden und der Araber müssen die Probleme im Nahen Osten am Verhandlungstisch gelöst werden. Mit der Gewalt der Waffen werden sie nur verschärft.

Wer Solidarität mit Israel üben will, der kann nur mit der Friedensbewegung fordern:

Waffenstillstand jetzt!

Solidarität mit Amerika

Amerika, das ist Präsident Bush, das ist die Rüstungsindustrie, die jetzt willkommene Extragewinne macht, das sind die Generäle, die jetzt ihre Ordenssammlungen schnell vergrößern können. Dieses Amerika will die Welt neu ordnen, aber unter seiner Führung und so, wie es in seinem Interesse liegt. Und wer nicht parrirt, bekommt die amerikanische Zuchtrute zu spüren. So wie in Vietnam, Grenada, Panama und vielen anderen Ländern.

Am Golf geht es nicht nur um Öl. Es geht auch darum, der Menschheit, vor allem der 3. Welt, zu zeigen, wer bei der Neuordnung der Welt der Herr im Haus ist. Ginge es um die Bestrafung des Aggressors, dann hätten die USA beim Überfall Saddam Husseins auf den Iran eine gute Gelegenheit gehabt, Hussein zum Frieden zu



zwingen und eine Million Menschenleben zu retten. Ginge es um Freiheit und Menschenwürde, dann müßten die USA nicht nur Kuwait von dem Aggressor Saddam Hussein befreien, sondern auch von den kuweitischen Feudalherren, die ihr Volk und ihre ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter in Halbsklaverei hielten und nach Kriegsende wieder halten wollen.

Es gibt aber auch das andere Amerika. Es gibt die Soldaten in den arabischen Wüsten, die auf den Tod warten. Es gibt das amerikanische Volk, das diesen Krieg nicht nur mit dem Leben seiner Töchter und Söhne sondern auch mit noch mehr Sozialabbau und Massenelend bezahlen muß. Es gibt die amerikanische Friedensbewegung, die sich täglich zu Wort meldet. Es gibt auch dieses Amerika, das eine Neuordnung der Welt will, die zu einer Welt ohne Waffen und zu einem gleichberechtigten Zusammenleben der Völker führt.

Dieses Amerika braucht jetzt Solidarität. Kein Amerikaner soll mehr am Golf sterben, keine amerikanische Familie soll um Tochter oder Sohn trauern, die in einem sinnlosen und menscheitsgefährdenden Krieg ihr Leben verlieren. Deshalb:
Waffenstillstand jetzt!

Solidarität mit den Menschen im Irak!

Saddam Hussein, einer der Hauptschuldigen am Golfkrieg, lebt. Vermutlich Zehntausende, wenn nicht mehr, unschuldige Menschen im Irak haben bereits ihr Leben verloren oder wurden verletzt. Die Hauptlast des Krieges tragen bisher die Menschen im Irak.

Auch dort bezahlen den Krieg nicht diejenigen, die ihn angezettelt haben.

Zweifellos ist Saddam Hussein ein verantwortungsloser Despot, dessen Überfall auf Kuwait nicht hingenommen werden kann. Vor allem deshalb, weil die Welt von heute keine militärischen Lösungen zwischenstaatlicher Konflikte mehr verträgt. Wie gerade der Golfkrieg beweist, trägt heute jeder Krieg die Gefahr in sich, zur Gefahr für die gesamte Menschheit zu werden.

Gerade wer nicht will, daß die herrschende Politik der USA mit Waffengewalt die Welt nach ihrem Willen ordnet, kann nicht hinnehmen, daß Saddam Hussein sich in der Golfregion aufführt, wie Präsident Bush im Weltmaßstab.

Wenn die internationale Gemeinschaft wirklich eine Gemeinschaft der Völker sein will, dann muß sie es lernen, den Frieden auch mit friedlichen Mitteln zu erzwingen. Es ist nicht vertretbar, die Verbrechen Saddam Husseins mit noch gefährlicheren Verbrechen zu bekämpfen. Es ist unmenschlich, die Menschen im Irak für die Verbrechen ihres Diktators mit Massentod zu bestrafen.

Deshalberfordert Solidarität mit den Menschen im Irak: Waffenstillstand jetzt!

Rückzug Husseins aus Kuwait!

Solidarität mit den deutschen Soldaten!

Für das größere und einflußreichere Deutschland fällt jetzt die Entscheidung, welche Rolle es in Zukunft in der Welt spielen wird.

Wenn es nach den Bonner Scharfmachern und der deutschen Rüstungsindustrie geht, dann sollen mit dem Golfkrieg als Vorwand jetzt die verfassungsrechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, daß Deutschland in Zukunft auch auf den Schlachtfeldern, vermutlich vor allem gegen die dritte Welt, das tödliche Spiel mitspielen kann.

Mit der Entsendung deutscher Soldaten in die Türkei hat die Bundesregierung jetzt schon die Weichen für die unmittelbare Teilnahme Deutschlands am Golfkrieg gestellt. Wenn es nach der Bundesregierung geht, dann soll im sogenannten "Bündnisfall" - dem Kriegseintritt Deutschlands - nicht einmal das Parlament gefragt werden.

Auch für diese Politik zahlen nicht Kapital und Kabinett den Preis, sondern die Bevölkerung. Wie die Bevölkerung für den Golfkrieg zur Kasse gebeten wird, das hat die Bundesregierung mit ihren Kriegssteuerplänen auch schon geregelt.

Auch zu dieser Politik gibt es eine Alternative.

Deutsches Großkapital und deutsche Generäle waren die Hauptverantwortlichen für die zwei verheerendsten Kriege in der Menschheitsgeschichte.

Ist es nicht gerade für unser Volk die richtige Folgerung aus unserer Geschichte, daß das nun

größere und einflußreichere Deutschland aufhört, ein friedenspolitischer Zwerg zu sein und zum friedenspolitischen Riesen wird, zu einem Land, von dem wirklich nur noch Frieden ausgeht?

Die deutsche Industrie ist mitschuldig an der Aufrüstung des Irak, und sie wurde bis vor 2 Jahren dazu von der Bundesregierung ermuntert. Die einzig mögliche Wiedergutmachung für diese Politik kann doch nur sein, daß die Regierung unseres Landes ihren gewachsenen Einfluß und ihre neue Stärke dafür nutzt, daß deutsche Waffen in den Händen Saddam Husseins nicht mehr zum Einsatz kommen, indem der Golfkrieg beendet wird.

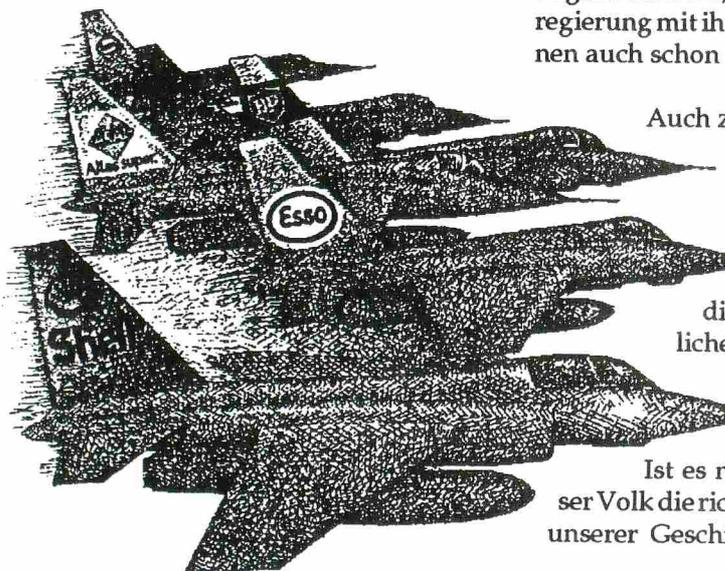
Statt mit der Rüstungsexportpolitik jetzt endgültig Schluß zu machen, sollen nun deutsche U-Boote nach Israel geliefert werden. Auch sie würden nur dazu beitragen, die Lage im Nahen Osten weiter zu verschärfen und letztlich auch die Existenz Israels unsicherer zu machen.

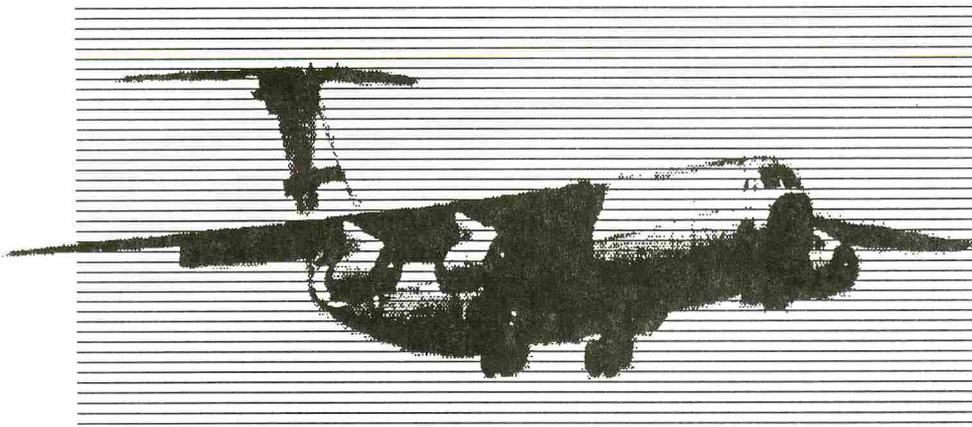
Solidarität brauchen auch die deutschen Soldaten, die jetzt gesetzwidrig in die Krisengebiete geschickt werden. Aber nicht eine Solidarität, die in diesem Jahrhundert den 3. deutschen Marsch in den "Heldentod" verklärt, sondern die ihn verhindert. Sie brauchen Solidarität vor allem dann, wenn sie das einzig Richtige tun, nämlich den Kriegsdienst verweigern. Solidarität mit den deutschen Soldaten, das heißt heute vor allem:

Alle deutschen Soldaten zurück in die Heimat!

Unterstützung für alle Kriegsdienstverweigerer!

Keine deutsche Kriegssteuer!





Umdenken gefordert

Die Flughafen-Arbeits-Gruppe 2000 hat für die Verhandlungen zwischen SPD und DIE GRÜNEN zur Bildung der neuen hessischen Landesregierung folgende Forderungen gestellt:

- Wir fordern ein Umdenken für alle weiteren Verkehrsplanungen im Rhein-Main-Gebiet: Bessere Lebensqualität durch keine weitere Verdichtung der Region.
- Verringerung des Flugverkehrs, d. h. der Starts- und Landungen. Hieraus folgt eine Verbesserung der Lärm- und Luftsituation. Begleitend: Untersuchungsreihe zur Auswirkung des Fluglärms auf die Menschen im Rhein-Main-Gebiet.
- Zuschüsse zu Untersuchungen von Emissionen, Waldschäden und Grundwasserveränderungen aufgrund des Luftverkehrs.
- Abriß der Startbahn West und Wiederaufforstung des Geländes.
- Schaffung adäquater Flächen zur Wiederaufforstung des in den letzten 10 Jahren verlorengegangenen Waldes.
- Ein totales Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr!
Verringerung der Ausnahmegenehmigungen für Starts und Landungen durch den Hessischen Minister für Verkehr und Wirtschaft, während der Nachtstunden.
- Auflösung der US-Air Base auf Rhein-Main, Entsorgung der verseuchten Böden und Renaturierung der Flächen.
- Sofortige Einschränkung der sogenannten allgemeinen Luftfahrt (Kleine Geschäftsfliegerei).
- Eine unabhängige Untersuchung über die Asbeststaubemissionen aufgrund des Abriebs der Bremsbeläge bei Start (vor dem Einfahren des Fahrwerks) und bei den Landungen.
- Eine unabhängige Überprüfung ob auf dem Vorfeld des Rhein-Main-Flughafens die Luftbelastung für Beschäftigte innerhalb der durch die MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatz Konzentrations-Werte) zugelassenen Konzentrationen liegt.
- Überprüfung der gesundheitlichen Auswirkungen der Kerosinabregungen bei Notlandungen.
- Pendlerverkehr und Fluggäste verstärkt auf ÖVPN umstellen. Kasernensturz und kritische wirtschaftliche Überprüfung der Finanzierungen der Flughafenaktiengesellschaft durch ein unabhängiges Institut.
- Ersatzlose Schließung von Wiesbaden-Erbenheim und Renaturierung nach erfolgter Bodenreinigung.
- Keine Flughafenbezogene Nutzung des Caltex-Geländes in Raunheim, damit keine indirekte Vergrößerung des Flughafens möglich wird.
- Ausbau des Lärmschutzes: Erweiterung des Schallschutzfensterprogramms Nachtflugverbot exaktere An- und Abflugsysteme Rückverlegung des Abdrehpunktes über Mörfelden auf den Stand vor Mai 1990.

- Keine Ausbaumaßnahmen in Egelsbach genehmigen: Keine Umwandlung von Graspisten auf Betonpisten, keine Bahnverlängerungen und keine weitere Versiegelung von Abstellflächen für Flugzeuge.
- Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Baumaßnahmen auf dem Flughafen, auch beim neuen Terminal Ost!
- Reform der Zusammensetzung der Mitglieder der Fluglärmkommission, so daß mehr die Betroffenen und weniger die Verbände gehört werden, ansonsten gegebenenfalls Auflösung der Fluglärmkommission.

513 000 Liter

Von 1987 bis Juni 1990 wurden mindestens 513.000 Liter Kerosin im "Treibstoff-Schnellablaß" über Hessen versprüht.

Bei den vom Wiesbadener Sozialminister genannten betroffenen Gebieten sind der Odenwald (57.000 Liter), Mittelhessen (125.000 Liter), die Wetterau (74.000 Liter).

Eine größere Dunkelziffer ist offenbar hinzuzurechnen, denn acht Mal wurde die abgelassene Treibstoffmenge nicht bekannt.

Die Fakten wurden auf Anfrage der Grünen im Landtag genannt.

Einen "Schnellablaß" gibt es immer dann, wenn eine Notlage im Flugzeug auftritt.

Im Kerosin gibt es krebserregende Stoffe. Kerosin verursacht allergische Reaktionen, neurologische Beschwerden. Kerosin kann Atemwegserkrankungen, Nieren- und Leberschäden erzeugen.

Staatssekretär Weiß (CDU) vom Sozialministerium beruhigte: "Über gesundheitliche Folgen dieser Kerosinfreisetzung ist der Landesregierung nichts bekannt."

POST

Bundesbahn-Service - Fehlanzeige

Jeden Morgen und Abend das Gleiche: Frauen und Männer, die in Frankfurt arbeiten, stehen im Stau - die Straßen sind verstopft.

Mancher würde sicher umsteigen und den Zug benutzen, aber der Bundesbahn-Service findet wohl nur noch bei den Super-Fernreisezügen statt. Die Nahverkehrszüge haben Verspätungen, viele Züge sind überfüllt, die Bahnhöfe meist unbesetzt.

In Mörfelden hatte jetzt mehrmals der Zug 20 Minuten Verspätung, aber es gibt keine Durchsage. Die Leute stehen in der Dunkelheit am Bahnsteig, ein durchrasender Zug bläst sie fast um - auch hier vorher kein Lautsprecherhinweis. Der Magistrat sollte der DB einmal Dampf machen.

F. M., Weingartenstr.



Bis vor Ort zu den Kindern und Alten in Moskau gelangten die Pakete, die die DKP vor Weihnachten gepackt hatte. Der Konvoi der Deutsch-Sowjetischen-Gesellschaft war so freundlich, die Pakete mitzunehmen. Es waren insgesamt 30 Tonnen Hilfsgüter im Werte von 100.000 DM zusammengekommen. Dabei auch Pakete aus unserer Stadt.

Die strahlenden Augen der Kinder ließen die Strapazen der Nonstop-Fahrt schnell vergessen. Die schamvollen Blicke der Älteren jedoch und ihre Worte machten nachdenklich: "Wir haben keine Hungersnot und trotzdem eine schlimme Lage für Kinder und ältere Menschen. Die Spenden helfen uns jetzt, aber die Probleme können nur durch unsere Menschen selbst gelöst werden."

Walborg Schröder, Vizepräsidentin des Regionalverbandes Rhein/Ruhr der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft, verwies auf den Empfang für die Konvoi-Fahrer und Spender darauf, daß die Hilfsaktion nicht als gönnerhafte Geste von Bürgern eines reichen Landes, sondern als Teil des Bemühens um Völkerverständigung und gute Nachbarschaft zu verstehen sei. Eben das sei 1991, dem 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, von besonderer Bedeutung.



Fast alle ErzieherInnen aus den Kindertagesstätten unserer Stadt beteiligten sich im Januar an den Aktionen im Rahmen der laufenden Tarifaussinandersetzungen.

Sie legten am 24. Januar die Arbeit nieder, informierten über ihre Forderungen und nahmen Teil an der Demonstration und Kundgebung von 9000 ErzieherInnen in Frankfurt, zu der die ÖTV Hessen unter dem Motto "Wir wollen mehr!" aufgerufen hatte. Magistratsmitglied Heinz Hechler

und Fraktionsvorsitzender Rudi Hechler überbrachten eine Solidaritätserklärung der DKP Mörfelden-Walldorf, in der es unter anderem hieß: "Wir wünschen euch viel Erfolg in eurem Kampf um Anerkennung eures Berufs, bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Höherstufung. ... Auch wenn eure heutige Demonstration möglicherweise im Schatten der Kriegsergebnisse und Antikriegsaktionen steht, ist sie notwendig und berechtigt.

Ihr kämpft nicht nur für euch allein, sondern auch für alle Eltern und ihre Kinder."

Große Beteiligung gab es auch am 30. Januar, als in Mainz die 2. Verhandlungsrunde stattfand und über 7000 ErzieherInnen ihren Forderungen Nachdruck verliehen.

Am 23. Februar soll in Stuttgart bis zum Abschluß verhandelt werden, obwohl die Angebote bisher noch kein berauschendes Ergebnis versprechen, sondern als "Schritt in die

richtige Richtung" eher zurückhaltend beurteilt werden.

Druck von der Basis wird also weiter nötig sein - die ErzieherInnen aus Mörfelden-Walldorf werden dabei sein.

Wir wünschen ihnen das nötige Durchhaltevermögen und weiterhin viel Erfolg.

GS

P.S.: Die ErzieherInnen der Stadt erhielten am 24. Januar noch weitere Solidaritätsschreiben. Solidaritätsadressen von SPD und GRÜNEN blieben aus. Sie wären angesichts der Ablehnung einer Gehaltszulage für die ErzieherInnen durch die Parlamentsmehrheit im Dezember letzten Jahres mit der Begründung, das wäre ein Eingriff in die Tarifautonomie, auch fehl am Platz gewesen.

Kritik am Groß Gerauer Krankenhaus

Kritisches wird uns immer wieder zugetragen. Über einiges haben wir schon in der Vergangenheit berichtet, zu manchem haben wir aber auch geschwiegen, weil wir dachten, am überbelasteten Personal nicht unbedingt Kritik üben zu müssen. So manch beklagenswertes kommt sicherlich aber gar nicht erst an die Öffentlichkeit, weil Patienten und Angehörige es lieber für sich behalten. Es liegt schon Jahre zurück, wo wir uns direkt an den Landrat wandten, als eine Besucherin von den Schwestern abgefangen wurde und erfuhr, daß ihr Mann soeben verstorben sei, ihr aber nur im Flur einen Stuhl anbieten konnte, wo sie mit ihrem Schmerz allein war. Als die Angehörigen den Verstorbenen noch einmal sehen wollten, war er in einem Raum aufgebahrt, den man eher als Rumpelkammer bezeichnen würde.

Auch jetzt hörte man wieder erneut Klagen von Patienten (auch die Presse berichtete darüber), daß sie nächtliche Wanderungen durch die Flure

zur Toilette als sehr unangenehm empfinden. Andere Patienten beklagen, daß sie nach einem Einlauf manchmal "die Kurve nicht kriegen" auf dem verhältnismäßig langem Weg zur Toilette.

Nun erklärt Landrat Blodt, daß sich der Kreis Groß-Gerau bereits seit 5 Jahren um die erforderlichen Landesmittel für einen Umbau bemüht. Bevor die Zuschüsse nicht bewilligt sind, kann mit einem Umbau, bei dem separate Naßzellen und Toiletten im Patientenzimmer vorgesehen sind, nicht begonnen werden.

Jetzt ist in Wiesbaden ja wieder eine rot-grüne Koalition eingekehrt und es gibt wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Wollen wir hoffen, daß im Landessäckel noch etwas übrig ist, nachdem die Bundesregierung, außer dem einzelnen Bürger auch die Kommunen, Kreise und Länder für ihre gewaltigen Ausgaben für die deutsche Einheit und die Golfkrieg-Unterstützung schröpft. HH

Hoffnung

22.000 Bücher sind in der Stadtbücherei Bahnhofstraße auf 96 Quadratmeter "untergebracht". Bücher liegen auf dem Boden, auf den Fensterbänken. Vieles vergammelt, dabei teure und wertvolle Bände.

Es gibt keinen Tisch, keinen Platz um in Büchern zu blättern, ein Fotokopierer kann nicht aufgestellt werden. Seit Jahren sind die Klagen bekannt, das engagierte Personal der Bücherei hat oft genug darüber berichtet.

Nun soll Abhilfe geschaffen werden. Man plant den Ausbau der obersten Etage, dann würden 275 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Reine Baukosten: 350.000 DM. 55 Prozent davon werden von Wiesbaden bezuschußt. Noch in diesem Jahr soll mit dem Ausbau begonnen werden. Mal sehen ob's diesmal klappt!

*Jede Spende hilft dem
"blickpunkt"!*

AUS DEM RATHAUS

Neues vom Sparkommissar

Im Dezember letzten Jahres wurden von der SPD/GBL-Koalition die Gebührenerhöhungen für Müllabfuhr und Abwasser durchgepeitscht.

"Im Januar gehen die Bescheide raus. Das muß vorher über die Bühne, damit die neuen Gebührensätze darin berücksichtigt werden können" hörte man zur Begründung der Eile.

Im Januar kamen die Bescheide. Auf den ersten Blick ersichtlich die Erhöhung der Müllgebühr um 75%.

Die Kanalbenutzungsgebühr ist scheinbar unverändert.

Bei der Berechnung ist sogar die Senkung der Gebühr nach Trinkwasserverbrauch auf DM 1,87 pro Kubikmeter berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt ist die zusätzliche neue Gebühr für Niederschlag-

wasser, die mit DM 0,96 pro Quadratmeter versiegelte Fläche angekündigt wird.

Demnächst gibt es also noch mal Post von der Stadt mit "ausführlichen Erläuterungen" und mit der Erklärung zur Selbstveranlagung.

Und wenn dann jeder Haus- und Grundstückseigentümer seine versiegelte Fläche angemeldet hat, gibt es anschließend auf dieser Grundlage neue Gebührenbescheide, die dann allerdings etwas höher ausfallen werden, als die im Januar.

Auf diese Weise gibt "Sparkommissar" Vorndran noch zweimal Geld für Porto aus, bis der betroffene Bürger weiß, was er zu bezahlen hat.

Ausgaben, die er und seine Koalition vorgaben, mit der übereilten Beschlussfassung einsparen zu wollen. GS

Bedenkenswert

Presseberichten zufolge schlug die Mitgliederversammlung der GRÜNEN unlängst vor, eine Bürgersprechstunde zu den geänderten Abwassergebühren in den Rathäusern einzurichten. Offenbar haben sie den Eindruck, daß ihr "grüner" Stadtrat nicht genug gefordert ist und schlagen deshalb Dirk Treber als Gesprächspartner und Berater vor.

Ein durchaus bedenkenswerter Vorschlag.

Angebracht wäre er allerdings gewesen, bevor SPD und GBL übereilt die neue Abwassergebühr beschlossen.

GS

Immer mehr Notlandungen auf Rhein-Main

Im Januar wurden im Wiesbadener Landtag, eigentlich mehr beiläufig, erschreckende Fakten über den Anstieg der Notlandungen auf dem Rhein-Main-Flughafen bekannt.

Im Jahr 1984 gab es 120 Notlandungen, 1989 waren es insgesamt schon 139. (37 Zivilmaschinen, 102 Militärmaschinen). Der hohe Anteil der "militärischen Luftfahrzeuge" geht offenbar auf die Laxheit der US-Airforce in Sicherheitsfragen zurück.

Mittlerweile ist die Zahl der militärischen Flüge gewaltig angestiegen. Mit Sicherheit werden die Beinahe-Katastrophen auch zugenommen haben. Fazit: Wir leben täglich in tödlicher Gefahr.

Einladung

zur öffentlichen Versammlung, am Mittwoch, den 27. Februar 1991, 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum.

Thema: "Innerparteiliche Demokratie - gibt es das in einer Kommunistischen Partei?"

Demokratischer Zentralismus - Parteidisziplin - Machtverhältnisse: Parteistrukturen gestern, heute und morgen.

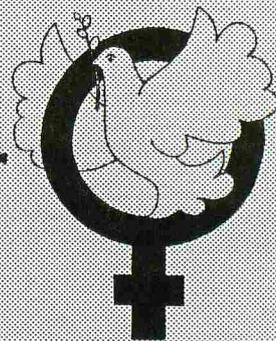
Es spricht und diskutiert mit uns

Walter Schmitt,
Frankfurt, Mitglied des SprecherInnenrats der DKP Hessen.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen.

DKP Mörfelden-Walldorf
Wir denken weiter

8. März Internationaler Frauentag



Der Frauentag 1991 fällt in eine Zeit, in der Bilder von Krieg und Gewalt die Nachrichten bestimmen. Der Krieg in Nahost ist zum Medienspektakel in vielen Familien geworden. Wir alle kennen aber auch andere Bilder:

- Frauen in der ersten Reihe, wenn es um Frieden geht.
- Frauen und Kinder als Opfer des Krieges.

In der Geschichte, die leider auch eine Geschichte von Kriegen ist, entstand das falsche Bild, daß Frauen stets nur geopfert haben, aber selbst nie Opfer von Kriegen waren.

Die Zerstörung eines Zivilbunkers in Bagdad hat viele Frauen und Kinder getötet. Wir kennen diese Bilder, aber nicht einmal für einen Moment kam in den Medien Nachdenklichkeit auf. Die Friedensbewegung hat viele Demonstrationen und Aktionen durchgeführt. Viele Frauen organisierten und nahmen an "Schweigen für den Frieden" teil. Wir dürfen aber nicht nur "schweigen", wenn Bomben fallen. Solche Aktionsformen drücken auch Resignation und Ohnmacht aus. Gerade Frauen sollten wissen, daß Ohnmacht und Resignation ein schlechter "Ratgeber" ist, wenn Ungerechtigkeiten und Gewalt beendet werden sollen. Mehr Mut brau-

chen auch die Frauen innerhalb der Friedensbewegung. Viele Frauen der am Krieg beteiligten Länder erwarten von der Friedensbewegung mehr Unterstützung. Gerade die oppositionellen irakischen und kurdischen Frauen, die ihr Land verlassen haben, beklagen die unzureichende Solidarität von Frauen. Wir wissen alle, daß es im Krieg nur Gewalt geben kann. Die Frauen kennen und erfahren die Gewalt der Sieger im besiegten Land. In den Ländern Irak, Israel und Saudi-Arabien kämpfen Frauen auch um mehr Frauenrechte in ihrem Land. Der Krieg nimmt ihnen die Rechte, die sie sich mühsam errungen haben. Wir dürfen bei allen Friedensaktionen, die Frauen fremder Kulturen - auch wenn wir diese Kulturen als rückständig empfinden - nicht vergessen. Wenn wir diese Frauen vergessen, dann vergessen wir auch uns. Der Internationale Frauentag am 8. März kann auch beinhalten, einmal über die Rolle der Frauen in der Friedensbewegung nachzudenken, über unsere Hilfe für Frauen fremder Kulturen. Darüber hinaus dürfen wir bei allen Aktivitäten für den Frieden, die Geschichte der Frauenbewegung nicht vergessen. Denn die Geschichte hat uns gezeigt, daß diejenigen, die selbst ihre Rechte vergessen, auch vergessen werden. Helga Fritz

Das Frauenforum Mörfelden-Walldorf lädt ein zum

Internationalen Frauentag 1991

Samstag, den 9. März 1991, ab 19 Uhr, im Ev. Gemeindezentrum,
Mörfelden, Bürgermeister Klingler Straße.

Gemeinsame Veranstaltung mit Frauen aus Wageningen.
Musik und Folklore.

Sonntag, den 10. März 1991, um 9 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden
Frauenkaffee und -frühstück (aus dem vorläufigen Programm)

Stadtgeschichte



16 Mann und eine Schar Kinder im Schnee vor dem Fußballtor des Sportplatzes am "Grünen Haag". Es war die Stammebelegschaft der Firma Fischer in Mörfelden, die, ihrer Kleidung nach zu urteilen, nicht vorhatte, ein Fußballspiel zu bestreiten. Das Foto dürfte Anfang der 40er Jahre, anlässlich eines Treffens zum Jahresende entstanden sein. Etliche bekannte Mörfelder sind zu erkennen und zwar: Zweiter von links Wilhelm Jungmann (Henze Wilhelm), vierter von links Wilhelm Fischer, neben ihm Karl Schaffner (Geriewene Karl), siebter von links Philipp Schaffner, dann von rechts Ludwig Schulmeyer (Rose Lui), Ludwig Reviol, Heinrich Jungmann und am Boden liegend Wilhelm Arndt (Bub).



Nicht unerwähnt sollte man in diesem Zusammenhang lassen, daß das Tiefbauunternehmen Fischer groß wurde mit Hitlers Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Nach der ersten großen Baumaßnahme am Frankfurter Flughafen kamen die Rodungen und Planierungen vieler Truppenübungsplätze in Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei.

Eine Bitte

Dem Sieger!

*Es ist ein Trost, zu hören von den Siegern,
daß man die Freunde in die Pfanne haut!
Daß nur ein Teil von vielen tausend Lügnern man selbst
ist, wenn man in den Spiegel schaut!*

Dem Verlierer!

*Es ist ein Sieg, zu wissen von den Vätern,
daß man die Häuser in die Herzen baut,
und daß ein Teil von vielen tausend Rädern man selbst ist,
wenn man in den Spiegel schaut!*

Gottlieb Schroth, Hessenaue

Hiermit möchten wir uns bei den "blickpunkt"-Lesern recht herzlich bedanken, die uns immer wieder alte Fotos zur Veröffentlichung auf dieser Seite zur Verfügung stellten. Seit 20 Jahren konnten wir monatlich, lange Jahre unter "Mörfelden gestern" und seit einem Jahr unter "Stadtgeschichte" auch für den Stadtteil Walldorf längst Vergangenes in Erinnerung rufen.

Wir freuen uns deshalb über jeden Hinweis und sollten Sie noch alte Aufnahmen finden, bitten wir sie, sich mit dem hierfür zuständigen Redaktionsmitglied Heinz Hechler, van-Dyck-Str. 48, Telefon 33 35, in Verbindung zu setzen.